

Bloss nicht ausscheren!

Politiker streben nach grösstmöglicher Konformität, statt eigene Wege zu gehen. Doch gerade in Krisen wären alternative Ideen wichtig

TOBIAS STRAUMANN, OLIVER ZIMMER

Unsere Energie beziehen wir aus Putins Russland. Unsere Produkte kauft Xis China. Unsere militärische Verteidigung kommt aus den USA. Und unsere Geldpolitik macht die Europäische Zentralbank. So lassen sich die vier strategischen Säulen der Politik im Zuge der Wiedervereinigung beschreiben. Der russische Überfall auf die Ukraine liess drei davon kollabieren, und von der vierten gibt es vorderhand kein Entrinnen. Die von Olaf Scholz verkündete Zeitenwende soll das während Jahrzehnten betriebene Outsourcing von staatspolitischen Kernaufgaben – von der Energieversorgung über die wirtschaftliche Nachfrage bis zur militärischen Verteidigung – rückgängig machen. So zumindest lautet das Versprechen seiner Regierung.

Entscheidend am genannten Beispiel ist nicht, dass es Deutschland betrifft. Von grosser Bedeutung scheint uns jedoch das Syndrom zu sein, das es dokumentiert. Regierungspolitiker entscheiden sich bei dem Versuch, staatspolitische Probleme zu lösen, oft für jene Option, die zur grösstmöglichen Abhängigkeit führt. Diese birgt für ihr Land – und manchmal, wie im Falle von Nord Stream I und II, sogar für die Sicherheit und Wohlfahrt eines ganzen Kontinents – enorme Risiken. Doch für die betreffenden Politiker bietet dieses Vorgehen den strategischen Vorteil, dass sie ihre Politik spätestens dann als alternativlos präsentieren können, wenn sich massgebliche Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft in die neue Abhängigkeit begeben haben.

Und falls es jemand wagen sollte, die behauptete Alternativlosigkeit der vorgeschlagenen Lösung zu hinterfragen, wird er oder sie auf einen Expertenbericht verwiesen oder dazu aufgefordert, das Problem in einem gesamt-europäischen oder globalen Rahmen zu betrachten. Denn mit Populismus, so heisst es dann gern, löse man schliesslich keine Probleme. So dient die Difamierung abweichender Perspektiven dazu, von der eigenen Führungsschwäche abzulenken.

Der Brexit als Kardinalsünde

Ein besonders illustratives Beispiel ist die jüngste Geschichte Grossbritanniens. Die britische Regierung zeigt grosse Mühe, sich daran zu gewöhnen, dass sie wieder mehr Schalthebel in den Händen hält. Boris Johnson und Liz Truss hätten die Chance gehabt, den durch den Brexit eröffneten Spielraum zu nutzen, um einige Dinge anders und besser zu machen als ihre Vorgänger. Aber beide haben mangels Erfahrung je auf ihre Weise versagt, und ihre Gegner haben sofort die Gelegenheit ergriffen, um einmal mehr klarzustellen, dass es eine gedeihliche Entwicklung ausserhalb der EU nicht geben könne.

Nach dem Rücktritt von Liz Truss war man sich in den europäischen Leitmedien sofort einig, die politische Kardinalsünde Brexit sei für die britischen Turbulenzen verantwortlich. Dass es am Schluss ausgerechnet die Börsenhändler waren, die Truss von ihrem Kurs abbrachten, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Sie, die in den letzten Jahren bei der geringsten Wachstumsschwäche für eine expansive Geld- und Finanzpolitik plädierten, machen sich nun plötzlich Sorgen um das britische Haushaltsdefizit. Dazu passt, dass der neue Finanzminister Jeremy Hunt, der für eine Beruhigung an den Finanzmärkten gesorgt hat, ein überzeugter «Remainer» ist.

Auch in der Schweiz ist das beschriebene Syndrom durchaus verbreitet. Bundesrat, Verwaltung und Parlament tun sich äusserst schwer, eigene Wege zu gehen. Sie verstehen sich in erster Linie als Vollzugsorgane für internationale Trends und Richtlinien, so dass der Raum des Politischen am Schrumpfen ist. Eigentlich würden wir erwarten, dass selbstbewusste Persönlichkeiten in verantwortlichen Positionen Freude am Gestalten haben und darunter leiden,



Der Brexit eröffnete einen Spielraum, den die Politiker hätten nutzen können – doch Johnson und Truss versagten beide.

ANTHONY DEVLIN / GETTY

dass sie kaum noch eigene Ideen realisieren können. Aber wir beobachten genau das Gegenteil. Es wird streng darauf geachtet, dass alle ergriffenen Massnahmen konform sind.

Die «Energiestrategie 2050» ist ein Paradebeispiel für die Angst, als Abwechler aufzufallen. Sie war im Wesentlichen eine Kopie der Energiewende der Merkel-Regierung und folgte ihrem Vorbild sogar beim Ausstieg aus der Atomtechnologie, obwohl der Schweizer Souverän seit Jahrzehnten zuverlässig jede Ausstiegsinitiative abgelehnt hatte – zuletzt im November 2016, also mehr als fünf Jahre nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima. Die Behauptung, nach diesem Ereignis habe das Schweizer Volk das Vertrauen in diese Technologie verloren, taugt nicht als Begründung.

Und wie in Deutschland beruhte die schweizerische Energiestrategie auf der Annahme, dass problemlos Strom aus dem Ausland importiert werden könne, wenn es im Inland nicht reichen sollte. Die Warnung vor einer drohenden Stromlücke im Winter wurde wiederholt als Panikmache abgetan, selbst wenn sie von erfahrenen Energiefachleuten stammte. Jetzt, wo diese Lücke eintritt, ist folgerichtig, dass wiederum der Schuldige im Ausland gesucht wird. Putins Überfall auf die Ukraine bringt uns im Winter zum Frieren, nicht die eigene Naivität, was die Versorgungssicherheit und die geopolitische Lage in Europa anbelangt.

Niemand will die Verantwortung

Langsam dämmert es in Bern, dass die eigene Handlungsfähigkeit in Energiefragen wieder hergestellt werden sollte. Aber weil die verantwortlichen Stellen in den letzten dreissig Jahren die Investitionen vernachlässigt und sich auf den Lorbeeren der Vorfahren ausgeruht haben, fehlt die Kompetenz. Weder Bundesrat noch Parlament sind in der Lage, uns nach dem offensichtlichen Scheitern der Energiestrategie 2025 einen realistischen Plan vorzulegen. Stattdessen herrscht ein nervöses Treiben, das hauptsächlich der Ge-

sichtswahrung dient. Niemand will Verantwortung übernehmen.

Derselbe Konformismus bestimmt die Schweizer Europapolitik. So versuchen die Spitzen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft seit Jahren, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es zur Angleichung an die Europäische Union keine Alternative gebe. Dazu passte die rechtlich und staatspolitisch unhaltbare Behauptung, das mit der EU ausgehandelte institutionelle Abkommen entsprechende einer Fortsetzung der Bilateralen; dadurch werde die Rechtssicherheit für die Schweiz markant verbessert.

Ein technokratischer Glaube

Man braucht wahrlich kein habilitierter Staatsrechtler oder Advokat einer integralen Neutralität zu sein, um sich zu fragen, wie solche Argumente zustande kommen. Ehrlicher wäre die folgende Aussage gewesen: Man halte die demokratische Legitimationsgrundlage der Schweiz für entbehrlicher als die faktische Integration in eine EU, die sich unverkennbar in Richtung Bundesstaat entwickelt. Denn darum geht es im Grunde: um den technokratischen Glauben, unsere Zeit verlange nach einem Machttransfer hin zu supranationalen Gremien, die im Gegensatz zu gewählten Regierungen keiner demokratischen Rechenschaftspflicht unterliegen. Ihre angebliche Leitwährung ist die Vernunft, ihr erklärtes Ziel der menschliche Fortschritt.

Es braucht schon sehr viel Verdrängungskunst, um einem solchen Glauben auch weiterhin zu frönen. Die Ereignisse der letzten Jahre widerlegen ihn jedenfalls fast auf der ganzen Linie. Beispiel Inflation: Die EZB blieb aus Rücksicht auf die Staatsschulden Südeuropas viel zu lange passiv. Beispiel Rechtsunsicherheit: Diese wird von globalem Soft Law und missionarisch veranlagten supranationalen Gerichten verstärkt. Beispiel Sicherheit in Europa: Die USA, Grossbritannien und die Staaten Nordosteuropas reagierten schnell und entschlossen, während EU und Uno nur wenig beizutragen hatten. Beispiel «Horizon Europe»:

Internationale Spitzenforschung entstand noch nie in Brüssel, wo man bei Bedarf nicht zögert, Forschungsförderung als Mittel der Politik zu missbrauchen. Sie gedeiht vor allem dort, wo man kreative Köpfe unter ausgezeichneten Bedingungen frei arbeiten lässt.

Streiten ist nötig

Um im Zeitalter der multiplen Krisen zu überleben, muss deshalb der Raum des Politischen dringend wieder ausgeweitet werden. Dabei ist das Abwägen von verschiedenen Varianten und Alternativen essenziell, und das wiederum ist nicht möglich ohne intensive öffentliche Auseinandersetzung. Die Schweiz kann hier auf einen reichen historischen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Im 19. Jahrhundert stritten Radikale mit Konservativen, Liberale mit Demokraten und Freisinnige mit Sozialdemokraten um die richtige politische Verfassung, um den jungen Bundesstaat zukunftsfähig zu machen. Aus diesem Streit ist ein äusserst robustes Gebilde hervorgegangen, das mit den Katastrophen und Herausforderungen des 20. Jahrhunderts umzugehen wusste und sich veränderte, ohne sich aufzugeben.

Bisweilen wird heute behauptet, es habe keinen Sinn mehr, sich öffentlich zu äussern, weil man ja gewisse Dinge nicht mehr sagen dürfe. Aus historischer Sicht ist diese Beobachtung erstaunlich. Denn wer glaubt, die Schweiz sei zu dem geworden, was sie heute ist, weil unsere Vorfahren immer ruhig einander zugehört hätten, verklärt die Vergangenheit. Zum politischen Streit in einer Demokratie gehören nun einmal auch Zuspitzung und Polemik. Wenn die Bürgerinnen und Bürger diesen nicht mehr ausstragen können, muss man sich in der Tat um die Zukunftsfähigkeit eines Landes Sorgen machen.

Tobias Straumann ist Professor für Geschichte der Neuzeit und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich. Oliver Zimmer, bis 2021 Professor für moderne Geschichte an der Universität Oxford, ist Forschungsdirektor bei Crema.

Weder Bundesrat noch Parlament sind in der Lage, uns nach dem offensichtlichen Scheitern der Energiestrategie 2025 einen realistischen Plan vorzulegen.